



Wir integrieren Menschen
mit Beeinträchtigung in
Arbeit, Gesellschaft und Kultur.

Stiftung Brändi
sozial und professionell

Luzerner Zeitung



LZ-Weihnachtsaktion
Die höchste Luzernerin lobt
die Sammlung und denkt
an die Jungen. 28

Freitag, 17. November 2023

AZ 6002 Luzern | Nr. 266 | Fr. 4.- luzernerzeitung.ch

FCL-Fans zahlen 1 Million

Mit Daniel Britschgi sitzt erstmals ein Vertreter der Fans im Verwaltungsrat der FC Luzern-Innerschweiz AG.

Cyril Aregger

FCL-Präsident Stefan Wolf sprach von einem «Meilenstein» für den Klub: Erstmals wurde gestern an der Generalversammlung der FC Luzern Innerschweiz AG (FCLI) ein Fanvertreter in den Verwaltungsrat gewählt. Möglich machte das der neu gegründete Verein FCL-Basis. Der Verein hat für 1 Million Franken 10 Prozent der Aktien der FC Luzern Innerschweiz AG gekauft. Gemäss Angaben des Vereins haben 16 «vertrauenswürdige FCL-Fans» mit zinslosen Darlehen den Kauf ermöglicht. Der Verein hat einen 16-köpfigen Vorstand und wird von Andreas Grüter, Geschäftsführer der Athletics Sportconsulting GmbH, präsiert.

Der Verein hat mit der Verkäuferin der Aktien, der FCL Holding AG, einen Aktionärsbindungsvertrag geschlossen. Darin ist auch die Vertretung der Fans im Verwaltungsrat festgeschrieben. In den Rat gewählt wurde gestern Abend unter grossem Applaus Daniel Britschgi, 46, aus Meierskappel. Der neue Verein solle alle Fans vertreten, betonte Britschgi in seiner Ansprache. Mitglied werden könne jeder und jede.

Zweites grosses Thema an der gestrigen Generalversammlung der FCLI waren die Finanzen. FCL-Finanzchef Richard Furrer präsentierte die Rechnung der FCL-Gruppe, die mit einem Defizit von rund 3,1 Millionen Franken abschloss. **40**



Daniel Britschgi (Mitte), der neue Fan-Vertreter im Verwaltungsrat der FC Luzern-Innerschweiz AG. Bild: Key (Luzern, 16. 11. 2023)

Kommentar

Skigebiete als Vorbild für KMU

Gemäss aktuellem KMU-Barometer im Kanton Luzern sind drei Viertel aller Betriebe vom Fachkräftemangel betroffen. Das ist insbesondere ein Problem, weil gemäss dem Barometer bei 47 Prozent der Unternehmen die Auftragslage im nächsten Jahr besser werden soll. Wer soll das alles abarbeiten?

Wie man das Problem erfolgreich angeht, zeigen Zentralschweizer Skigebiete. Während in anderen Wintersportregionen wegen fehlenden Personals etwa in Gaststätten mit reduzierten Speisekarten oder gar mit unfreiwilligen Ruhetagen gerechnet wird, scheint dies hier weniger ein Problem zu sein, auch in technischen Berufen nicht.

Grund: Die Zentralschweizer Skigebiete haben richtig darauf reagiert, dass wir uns in einem Arbeitnehmermarkt befinden. In Engelberg lockt man Mitarbeitende mit Saisonkarten, vergünstigter Verpflegung oder Vorzugskonditionen in Sportgeschäften, auf Melchsee-Frutt mit hochflexiblen Arbeitszeitmodellen und Investitionen in Aus- und Weiterbildung, genau wie in Sörenberg – was in Skigebieten funktioniert, notabene alles Randregionen, damit sollten auch Luzerner KMU punkten können.

Weiter hat künstliche Intelligenz das Potenzial, die Produktivität zu steigern. Auch hier haben Luzerner KMU Luft nach oben: Nur 3 Prozent nutzen KI systematisch. Es gibt also Lösungsansätze. Auf geht's!



Martin Messmer
martin.messmer@
luzernerzeitung.ch

Bauernchef Ritter will in Finanzkommission

Bund In Zeiten von «Schönwetter-Finanzen» galt die Finanzkommission in Bundesberatern als unwichtig. Das ändert sich gerade massiv. Die Finanzlage des Bundes wird ab 2025 zum Problem. Es drohen strukturelle Defizite von 2 bis 3 Milliarden Franken. Plötzlich ist die Finanzkommission begehrt. «Sie ist in den nächsten vier Jahren eine Schlüsselkommission», sagt Mitte-Nationalrat und Bauernpräsident Markus Ritter. Deshalb will er in diese Kommission. «Bekommen wir die finanzielle Situation beim Bund nicht in den Griff, gibt es ein Debakel und wir verlieren den finanzpolitischen Handlungsspielraum.» Die Mitte habe grosse Verantwortung.

Ritter ist nicht der Einzige, der die Finanzkommission neu hoch gewichtet. «Die Arbeit in ihr hat angesichts der angespannten Finanzlage eine grössere Bedeutung als in den letzten Jahren», sagt auch SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi. (att.) **2/4**

Fossile Heizungen selbst bei Neubauten

Studie Will die Schweiz klimaneutral werden, muss sie bis 2050 von den fossilen Heizungen wegwenden. Aber auch heutzutage wird in vielen Fällen auf eine fossile Heizung zurückgegriffen, wenn die bisherige ausfällt. Eine neue Studie zeigt nun, wo Bauherren selbst bei Neubauten noch auf Öl- und Gasheizungen setzen. Zwischen den Gemeinden gibt es grosse Unterschiede. Gemäss der Auswertung des Beratungsunternehmens Navitas Consilium haben 22 Prozent der Schweizer Kommunen dem Bund zwischen September 2022 und September 2023 nicht erneuerbar geheizte Neubauten gemeldet.

In manchen Gemeinden sind die Werte überraschend hoch: So wurden in Uster rund ein Drittel der Neubauten mit einem fossilen Heizungssystem ausgestattet. Die Zürcher Stadt begründet diese Quote mit einem Schlupfloch, welches Bauherren ausnutzen konnten. (jus) **6**

Fachkräftemangel: Aussichten bleiben trüb

Kanton Luzern Im Vergleich mit diesem Jahr könnte sich nächstes Jahr die Auftragslage der Unternehmen im Kanton Luzern verbessern – davon geht fast die Hälfte der befragten KMU im Kanton Luzern aus. Weniger optimistisch sind die Firmenverantwortlichen beim aktuellen Barometer des kantonalen KMU- und Gewerbeverbands hinsichtlich des Fachkräftemangels. Dass sich dieser 2024 nochmals verschärfen wird, glaubt über die Hälfte der Unternehmen. Auch der Lehrstellenmarkt dürfte weiterhin angespannt sein.

Die Produktivität steigern und im Idealfall sogar den Personalmangel abfedern könnten neue Instrumente mit künstlicher Intelligenz. Hier sind die über 1000 befragten Unternehmen geteilter Meinung. Rund ein Drittel ist von den Chancen überzeugt, bei rund einem Drittel überwiegen die möglichen Risiken. (avd)

Kommentar 5. Spalte **21**

Steuern sollen weniger stark sinken als geplant

Stadt Luzern Sofern die Stimmberechtigten am 21. Januar Ja sagen zum Budget 2024, werden die Steuern in der Stadt Luzern sinken: Der Steuerfuss soll von heute 1,7 auf 1,65 Einheiten geändert werden. Das hat das Stadtparlament gestern beschlossen. Eigentlich wollte der Stadtrat die Steuern noch stärker senken: auf 1,6 Einheiten. Grund ist die hervorragende Finanzlage der Stadt. Doch die Linken haben dies verhindert. SP und Grüne wollen das Geld lieber in einen Leistungsausbau investieren: Insgesamt hat das Parlament zusätzliche Ausgaben in der Höhe von fast 14 Millionen Franken beschlossen, die grösstenteils dem Sozialbereich zugute kommen. Profitieren sollen Familien, Senioren und einkommensschwache Haushalte.

Die Bürgerlichen versuchten vergeblich, diese Zusatzausgaben zu verhindern. Auch der Versuch, die Steuern stärker zu senken, scheiterte. (rk) **23**

ANZEIGE

**DER UMWELT
ZULIEBE.**

T SCHOPP
www.tschopp-holzbau.ch
Hochdorf